

# INHALTSVERZEICHNIS

## ■ BUNDESMINISTERIEN UND STAATSSSEKRETARIATE

<b>BUNDESKANZLERAMT</b>	<b>04</b>
Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel	04
Staatssekretär Franz Morak	08
Staatssekretär Mag. Karl Schweitzer	09
<b>BUNDESMINISTERIUM FÜR VERKEHR, INNOVATION UND TECHNOLOGIE</b>	<b>10</b>
Vizekanzler und Bundesminister Hubert Gorbach	10
Staatssekretär Mag. Helmut Kukacka	14
Staatssekretär Mag. Eduard Mainoni	15
<b>BUNDESMINISTERIUM FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN</b>	<b>16</b>
Bundesministerin Dr. Ursula Plassnik	16
Staatssekretär Dr. Hans Winkler	19
<b>BUNDESMINISTERIUM FÜR BILDUNG, WISSENSCHAFT UND KULTUR</b>	<b>20</b>
Bundesministerin Elisabeth Gehler	20
<b>BUNDESMINISTERIUM FÜR FINANZEN</b>	<b>24</b>
Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser	24
Staatssekretär Dr. Alfred Finz	26
<b>BUNDESMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT UND FRAUEN</b>	<b>28</b>
Bundesministerin Maria Rauch-Kallat	28
<b>BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERES</b>	<b>32</b>
Bundesministerin Liese Prokop	32
<b>BUNDESMINISTERIUM FÜR JUSTIZ</b>	<b>36</b>
Bundesministerin Mag. Karin Gastinger	36
<b>BUNDESMINISTERIUM FÜR LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT, UMWELT UND WASSERWIRTSCHAFT</b>	<b>40</b>
Bundesminister DI Josef Pröll	40
<b>BUNDESMINISTERIUM FÜR LANDESVERTEIDIGUNG</b>	<b>44</b>
Bundesminister Günther Platter	44
<b>BUNDESMINISTERIUM FÜR SOZIALE SICHERHEIT, GENERATIONEN UND KONSUMENTENSCHUTZ</b>	<b>48</b>
Bundesministerin Ursula Haubner	48
Staatssekretär Sigisbert Dolinschek	52
<b>BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT UND ARBEIT</b>	<b>54</b>
Bundesminister Dr. Martin Bartenstein	54

# BUNDESKANZLERAMT



Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schäuble  
Staatssekretär Franz Morak  
Staatssekretär Mag. Karl Schweitzer

## FRÜHJAHRSGIPFEL FÜR WACHSTUM & BESCHÄFTIGUNG, 23. – 24.3.2006

Der Europäische Rat einigte sich – trotz vorangegangener beträchtlicher Vorbehalte einiger Mitgliedstaaten – auf konkrete Verpflichtungen zu den Forschungsausgaben, zur Verbesserung des Umfelds für Klein- und Mittelunternehmen und der Beschäftigungssituation insbesondere von Jugendlichen. Die Staats- und Regierungschefs begrüßten auch das Ergebnis der Abstimmung des Europäischen Parlaments zur Dienstleistungsrichtlinie. Sie gaben somit dem Verhandlungsprozess eine neue positive Dynamik und machten den Weg frei zur Einigung, die in der Folge vom Rat Wettbewerbsfähigkeit erzielt wurde.

Darüber hinaus wurde erstmals umfassend das Thema Energiepolitik diskutiert und damit der Grundstein für eine europäische Energiepolitik gelegt. Diese zielt darauf ab, die Versorgungssicherheit zu erhöhen, die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Volkswirtschaften sicherzustellen und die Umweltverträglichkeit zu fördern.

### Konkrete Zielvorgaben:

- I **Rahmenbedingungen für zwei Mio. zusätzliche Arbeitsplätze jährlich** – bis zum Jahre 2010 zehn Mio. Arbeitsplätze zusätzlich
- I **Nationale Verpflichtungen zu Forschungsausgaben** zur Erreichung des EU-Zieles von 3%
- I **KMU: Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle in den Mitgliedstaaten** („one stop-shop“) für die schnelle Gründung von Unternehmen

# BUNDESKANZLERAMT

## „EUROPA HÖRT ZU“

Die Bundesregierung hat im Rahmen der Reflexionsphase zur Zukunft Europas im September 2005 die Initiative „Europa hört zu“ gestartet. Diese bietet den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, auf einer Internet-Plattform ihre Gedanken und Vorstellungen zu Europa zu äußern. Es kann zu konkreten Fragen Stellung genommen werden wie „Welche Vor- und Nachteile hat uns die EU gebracht?“, „Braucht Europa eine Verfassung?“ oder „Wenn Sie einen Tag lang Ratsvorsitzender wären, was würden Sie an diesem Tag für Europa erreichen wollen?“.

Wenn man in Europa etwas bewegen will, müssen konstruktive Ideen eingebracht und weiterverfolgt werden. Viele Österreicherinnen und Österreicher haben dies getan und ihre Ideen und Kritik über die Plattform, das Europatelefon oder über den elektronischen „Speaker's Corner“ am Ballhausplatz deutlich gemacht. Seit dem Start der Kampagne wurde die Homepage [www.zukunfteuropa.at](http://www.zukunfteuropa.at) insgesamt über 7 Mio. Mal besucht. Über den Online-Fragebogen auf der Internetseite kamen mehr als 1.500 Bürgereinträge.

**I Speaker's Corner** auf dem Ballhausplatz

**I Cafe d'Europe** – Durchführung von Literaturveranstaltungen in Kaffeehäusern in allen EU-Mitgliedstaaten anlässlich des Europatages (9. Mai)

**I Image of Europe** – Zeltausstellung auf dem Heldenplatz

**I „25 Sekunden für Europa“** – Schulklassen machen eigene Radiospots

**I Generation Europe** – DVD Video Clips

## EUROPÄISCHER RAT, 15. – 16.6.2006

Ein Jahr nach den negativen Referenden zur EU-Verfassung in Frankreich und den Niederlanden hat der Europäische Rat Bilanz über die Ergebnisse der Reflexionsphase zur Zukunft Europas gezogen und die nächsten Schritte für die Weiterführung des Diskussionsprozesses vorgezeichnet. Als Beitrag zur Zukunftsdebatte hat die österreichische Ratspräsidentschaft die Konferenz „the Sound of Europe“ (27. – 28. Jänner in Salzburg) und die Subsidiaritätskonferenz „Europa fängt zu Hause an“ (18. – 19. April in St. Pölten) organisiert. Im Rahmen des Europäischen Rates im Juni wurde auch eine grundsätzliche Debatte über die künftige Erweiterungspolitik der EU auf den Weg gebracht.

Ebenso wichtig wie die Zukunftsthemen sind allerdings die konkreten Fortschritte in den spezifischen Politikbereichen, die für den Einzelnen von Relevanz sind. Zu nennen sind hier etwa Maßnahmen im Bereich Justiz und Inneres, Migration und Verbesserung der Katastrophen- und Krisenreaktionsfähigkeit. Weiters stand auch die Frage, wie das Europäische Lebensmodell in einer globalisierten Welt weiterentwickelt werden kann, auf der Tagesordnung des Europäischen Rates. Dieser hat daher eine erneuerte Strategie für nachhaltige Entwicklung angenommen und die Fortschritte im Rahmen der Lissabonstrategie gewürdigt (Dienstleistungsrichtlinie). Der Europäische Rat hat sich auch mit einer Verbesserung der Arbeitsmethoden der EU beschäftigt, die zu mehr Bürgernähe beitragen sollen (Subsidiarität, Transparenz).

**I Bilanz über die Reflexionsphase und den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern zur EU-Verfassung – Weiterführung des Diskussionsprozesses**

**I Neue Impulse in der Zukunftsdebatte: Konferenz „the Sound of Europe“ zu Fragen der europäischen Identität**

**I Subsidiaritätskonferenz „Europa fängt zu Hause an“ für mehr Bürgernähe**

**I Grundsätzliche Debatte über die künftige Erweiterungspolitik**

**I Weiterentwicklung des Europäischen Lebensmodells – Annahme einer überarbeiteten Strategie für nachhaltige Entwicklung**

# BUNDESKANZLERAMT

## Staatssekretariat für Kunst und Medien

### KULTUR UND AUDIOVISUELLES

Der inhaltliche Bogen der Verhandlungen der österreichischen Ratspräsidentschaft spannte sich von den Förderprogrammen im Kultur- und Medienbereich – „Kultur 2007“, „Media 2007“, „Europäische Kulturhauptstadt“ – über das neue Bürgerschaftsprogramm „Europa für die Bürger/innen“ und das „Jahr des interkulturellen Dialogs“ über die Annahme der Entschließung zur Ratifizierung der UNESCO-Konvention bis hin zur politischen Einigung über die Empfehlung Jugendschutz. Zum Richtlinienvorschlag der Europäischen Kommission über Audiovisuelle Mediendienste fand ein erster tiefgehender Meinungsaustausch statt.

- I Politische Einigung zu:  
Kultur 2007  
Bürger für Europa  
Media 2007  
Europäische Kulturhauptstadt
- I Fortschrittsbericht zur Richtlinie  
„Fernsehen ohne Grenzen“

### CONTENT UND KREATIVWIRTSCHAFT

Ein Schwerpunktthema der österreichischen Ratspräsidentschaft war der Bereich der Content- und Kreativwirtschaft im Zusammenhang mit Wachstum und Beschäftigung. Auf Initiative der österreichischen Ratspräsidentschaft fand erstmals eine Diskussion zum Thema Content und Kreativ-

wirtschaft statt. Mit den Beschlussfassungen des Rates ist es gelungen, im Sinne der Kulturschaffenden sowohl die kontinuierliche Zusammenarbeit in Europa zu sichern, als auch die Voraussetzungen dafür zu schaffen, Europa näher an die Bürgerinnen und Bürger heranzuführen.

- I Konferenz „Content als Wettbewerbsfaktor“
- I Koordinierung und Vernetzung der Contentpolitik

### eGOVERNMENT

Schwerpunkt der österreichischen Präsidentschaft im Bereich eGovernment war insbesondere die Einigung, die gegenseitige Anerkennung nationaler elektronischer Identitäten (eID) für Internetauftritte und Dienste der öffentlichen Verwaltung zu erleichtern, und dabei das Vertrauen bei der Internetnutzung unter Berücksichtigung der Privatsphäre von Benutzern sicherzustellen. Gleichsam wurde die Anerkennung elektronischer Dokumente in der EU vorangetrieben.

- I Expertenkonferenz  
„eGovernment for all Europeans“
- I Verbesserung der Nutzung von bestehenden eGovernment-Ressourcen

## Staatssekretariat für Sport

### TREFFEN DER EU-SPORTMINISTER, 13. – 15.1.2006

Von 13. – 15. Jänner 2006 trafen die EU-Sportminister sowie Vertreter der EU-Kommission während der Ski-Flug-WM 2006 am Kulm zu einem Informationsaustausch in Bad Mitterndorf zusammen. Zentraler Inhalt des Sportministertreffens war das Thema „Sport & Ökonomie in Europa“. Dieses Thema war auch Gegenstand der Sportdirektorenkonferenz am 29. – 30. März. Dieser Bereich wurde mittels einer Studie aufbereitet, die sich auf folgende Schwerpunkte konzentriert: Die makroökonomischen Effekte von Beschäftigung und Sport, ökonomische Effekte von Großsportveranstaltungen, Sport und Tourismus, Sport und Gesundheit, Sport und Ageing.

- I Sport & Ökonomie in Europa als zentrales Thema eines Treffens der EU-Sportminister mit Vertretern der EU-Kommission

### EUROPÄISCHE FRAUEN- UND SPORTKONFERENZ, 24. – 26.3.2006

Österreich war Gastgeber der „7. European Women and Sport Conference“. „Good Governance im Sport – Sport als Trendsetter für die neue Bürgergesellschaft“ war das Schwerpunktthema des zwei Jahre dauernden Vorsitzes Österreichs in der Arbeitsgruppe European Women and Sport (EWS). Die Konferenz war der Höhepunkt Österreichs nationaler und internationaler Aktivitäten im Bereich Frauen und Sport. Zur nachhaltigen Wirkung des internationalen Vorsitzes auf nationaler Ebene werden von den nationalen Dachverbänden spezifische Arbeitsschwerpunkte dazu gesetzt.

- I Österreich – Gastgeber der „7. European Women and Sport Conference“
- I „Good Governance im Sport – Sport als Trendsetter für die neue Bürgergesellschaft“

### SPORT UND ENTWICKLUNGSPOLITIK

Die Sektion Sport des Bundeskanzleramtes unterstützte – anlässlich des Internationalen Jahres des Sports und der Sporterziehung der UNO – Projekte, um Sport als Mittel der Entwicklungszusammenarbeit anzuwenden.

- I Sport als Mittel der Entwicklungszusammenarbeit

# BUNDESMINISTERIUM FÜR VERKEHR, INNOVATION UND TECHNOLOGIE



Vizekanzler und Bundesminister Hubert Gorbach  
Staatssekretär Mag. Helmut Kukacka  
Staatssekretär Mag. Eduard Mainoni

## STRASSENVERKEHRSSICHERHEIT

Die Straßenverkehrssicherheit war einer der Schwerpunkte der Präsidentschaft im Verkehrsreich. Es fanden zu diesem Thema ein hochrangiges Expertentreffen sowie ein informelles Treffen der Verkehrsminister in Bregenz statt. Die Verkehrsminister einigten sich auf eine gemeinsame Bewusstseinsbildungskampagne auf dem transeuropäischen Straßennetz, etwa zu den Themen „Alkohol“ oder „Ermüdung“. Der Rat nahm Schlussfolgerungen zum Ergebnis der Halbzeitbilanz des Europäischen Straßenverkehrssicherheitsprogramms an.

- I Maßnahmen zur Reduzierung der Verkehrstoten bis 2010
- I Gemeinsame Verkehrssicherheitskampagne

## BESCHLUSS DER EU-FÜHRERSCHEINRICHTLINIE

Die neue Führerscheinrichtlinie wird für ein hohes Maß an Dokumentensicherheit sorgen und dem Führscheintourismus ein Ende setzen. Weitere Sicherheitsverbesserungen des einheitlichen Führerscheins im Kreditkartenformat sind ein stufenweiser Zugang zum Führerschein für verschiedene Motorradklassen und das Mindestalter von 24 Jahren für den direkten Zugang zum Führerschein für schwere Motorräder.

- I Einheitlicher Führerschein statt 110 verschiedene Modelle
- I Höhere Sicherheitsvorkehrungen für Motorradfahrer

## VERORDNUNG ÜBER DIE VERGABE ÖFFENTLICHER DIENSTLEISTUNGS- AUFTRÄGE FÜR DEN PERSONEN(NAH)- VERKEHR AUF STRASSE UND SCHIENE

Durch die politische Einigung wird die Vergabe solcher Aufträge durch grundsätzlich europaweite Ausschreibungsverfahren mit Ausnahmemöglichkeiten für Direktvergaben im Schienenverkehr und an interne Betreiber erfolgen. Somit ist ein „kontrollierter Wettbewerb“ gewährleistet, um kundengerechtere Verkehrsdienstleistungen zu erzielen.

- I Einigung nach mehr als 5 Jahren
- I Neuer Rahmen für öffentliche Personenverkehrsdienste

## MARCO POLO II

Durch dieses EU-Förderprogramm zur Verringerung der Staus im Straßengüterverkehr durch Verlagerung von der Straße auf die Seekurzstrecke und/oder Schiene und/oder Binnenschifffahrt soll der erwartete Zuwachs im Straßengüterverkehr auf alternative Verkehrsträger umgeleitet werden.

# BUNDESMINISTERIUM FÜR VERKEHR, INNOVATION UND TECHNOLOGIE

Nach Auslaufen des Marco-Polo-I Programms mit Ende 2006 ist durch die Einigung zwischen Rat und Parlament nun eine Fortsetzung sichergestellt.

| Fortsetzung des Marco Polo Programms nach 2006

## UNTERZEICHNUNG DIVERSER LUFTFAHRTABKOMMEN

Unter österreichischem Vorsitz erfolgte die Unterzeichnung des multilateralen Luftverkehrsabkommens zwischen Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, der ehemaligen jugoslawischen Republik von Mazedonien, Island, Kroatien, Norwegen, Rumänien, Serbien und Montenegro sowie der Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen im Kosovo (UNMIK) auf der einen und der Europäischen Gemeinschaft auf der anderen Seite zur Schaffung eines Gemeinsamen Europäischen Luftverkehrsraums sowie horizontaler Luftfahrtabkommen mit den genannten Westbalkanstaaten und Singapur.

| Intensivierung der Luftverkehrsbeziehungen mit den Balkanstaaten  
| Gemeinsamer Luftfahrtmarkt für 35 Staaten

## EINIGUNG ÜBER DIE VERORDNUNG BETREFFEND PASSAGIERE MIT EINGESCHRÄNKTER MOBILITÄT

Diese Verordnung soll den Schutz und die Hilfe für Fluggäste eingeschränkter Mobilität garantieren und ist im Zusammenhang mit der Politik der EK zur Bekämpfung der Diskriminierung und dem Schutz von Personen eingeschränkter Mobilität bei der Verwendung öffentlicher Verkehrsmittel zu sehen. Ziel ist die Verhinderung einer ungerechten Behandlung dieser Fluggpassagiere sowie die unentgeltliche Gewährleistung der Hilfeleistung.

| Schutz und Hilfe für Fluggäste mit eingeschränkter Mobilität

## EINIGUNG ÜBER DAS SINGLE EUROPEAN SKY AIR TRAFFIC MANAGEMENT RESEARCH (SESAR)

Das Projekt SESAR ist das technologische Teilstück und eine Erweiterung des SES (Single European Sky) und zielt auf die Gründung eines gemeinsamen Unternehmens im Hinblick auf die gemeinschaftsweite Modernisierung der Infrastruktur der europäischen Flugsicherungskontrolle ab. Das Programm sieht die Entwicklung und gemeinschaftsweite Vorschreibung technologischer Vorgaben an künftige Flugsicherungsbetriebssysteme vor. Regionale Erfordernisse in den Mitgliedstaaten haben sich dabei in den Gesamtkontext einzufügen.

| Gründung eines Unternehmens zur Entwicklung des europäischen Flugverkehrsmanagementsystems der neuen Generation

## ÜBERWACHUNGS- UND INFORMATIONSSYSTEM FÜR DEN SCHIFFSVERKEHR

Im Hinblick auf eine Verbesserung der Sicherheit im Seeverkehr wurde eine allgemeine Ausrichtung über die Einrichtung eines gemeinschaftlichen Überwachungs- und Informationssystems für den Schiffsverkehr erzielt, das etwa die Ausrichtung von Fischereifahrzeugen mit einem automatischen Identifikationssystem, den Informationsaustausch zwischen den Seeverkehrsbehörden und Regelungen über das Anlaufen von Notliegeplätzen, insbesondere durch Einrichtung klarere Organisations- und Entscheidungsstrukturen in den Mitgliedstaaten, umfasst.

| Mehr Sicherheit im Seeverkehr

# BUNDESMINISTERIUM FÜR VERKEHR, INNOVATION UND TECHNOLOGIE

## Staatssekretariat für Forschung und Technologieentwicklung

### EIN MARKT FÜR GMES IN EUROPA UND SEINEN REGIONEN - DER GRAZER DIALOG

Für das zweite europäische nutzerorientierte Raumfahrtprojekt GMES (Global Monitoring for Environmental and Security) wurden in Graz von über 200 Experten Empfehlungen zur Weiterentwicklung des Systems und Etablierung eines Marktes für GMES-Dienste erarbeitet. Durch die Implementierung dieses Erdbeobachtungssystems wird es möglich sein, Veränderungen der Erdoberfläche früher zu erkennen und dadurch in den Bereichen Umweltschutz und Sicherheit rechtzeitig darauf zu reagieren.

- | Finalisierung der Vorbereitungen für GMES
- | Zusammenfassung der wichtigsten Eckpunkte in der "Grazer Deklaration"

### RE-SEARCHING WOMEN IN SCIENCE AND TECHNOLOGY

Frauen sind im Forschungsbereich trotz steigender Hochschulabsolventinnen-Zahlen stark unterrepräsentiert. Aus diesem Grund veranstaltete das BMVIT gemeinsam mit der Europäischen Kommission und der EU-Expertinnen- und Expertengruppe WIST (Women in Science and Technology) zu diesem Thema eine Konferenz.

Mit der Konferenz „Re-searching Women in Science and Technology“ konnte ein europaweit sichtbares Signal gesetzt werden, dass es aus ökonomischer aber auch aus demokratiepolitischer Sicht nicht hinzunehmen ist, das große Potenzial gut ausgebildeter Frauen brach liegen zu lassen.

- | Steigerung des Frauenanteils im Forschungsbereich

### EUROPÄISCHE SICHERHEITS- FORSCHUNGSKONFERENZ

Auf Initiative des BMVIT wurde vom 20. bis 21. Februar 2006 in Wien die erste europäische Sicherheitsforschungskonferenz abgehalten, an der fast 1.000 Personen aus Politik, Forschung und Wirtschaft teilnahmen und ein reger Austausch zwischen Nutzern und Anbietern stattfand. Die inhaltlichen Ergebnisse wurden dem informellen Treffen der Wettbewerbsminister in Graz in der Form eines schriftlichen Berichts vorgelegt.

- | Erste europäische Sicherheitsforschungskonferenz
- | Dialog zwischen Nutzern und Anbietern im Bereich Sicherheitsforschung

## Staatssekretariat für Verkehr

### BINNENSCHIFFFAHRTSKONGRESS

Im Februar wurde in Wien ein Binnenschiffahrtkongress mit ca. 400 Teilnehmern veranstaltet. Ziel dieses Gipfels war es, das europäische Aktionsprogramm zur Förderung der Binnenschiffahrt (NAIADES) mit allen Betroffenen (Vertretern von Schiffahrtsunternehmen, Häfen, der verladenden Industrie, Umweltorganisationen und den Mitgliedsstaaten der EU bzw. Donauanrainerstaaten) zu diskutieren und ein Ergebnispapier zu beschließen. Intention dieses Aktionsprogramms ist es, längerfristig einen Teil des Güterverkehrs auf die umweltfreundliche Wasserstraße zu verlagern und so die Transitrouten auf der Straße zu entlasten. Als Folge dieses Kongresses wurden am Verkehrsministerrat am 9. Juni 2006 Schlussfolgerungen beschlossen, in denen die politische Absicht zur Förderung der Binnenschiffahrt zum Ausdruck gebracht wurde. Sie empfehlen Rechtsinstrumente, politische Instrumente und Unterstützungsinstrumente für den Zeitraum 2006 – 2013 mit dem Ziel einer vollständigen Ausschöpfung des Potenzials der Binnenschiffahrt.

- | Diskussion des Binnenschiffahrt-Aktionsprogrammes NAIADES
- | Ziel einer vollständigen Ausschöpfung des Potenzials der Binnenschiffahrt

### LUFTFAHRTKONGRESS

Im Mai gab es im Rahmen der Präsidentschaft einen Luftfahrtkongress in Salzburg. 170 hochrangige Teilnehmer von internationalen Luftfahrtsorganisationen, Airlines, Flughäfen und die Generaldirektoren der zivilen Luftfahrt aus den Mitgliedsstaaten diskutierten über die Zukunft der europäischen Luftfahrt. Dieser Kongress führte zum ersten Mal Vertreter aus allen Bereichen der Luftfahrtindustrie (Fluglinien, Flughäfen, Personalvertreter, Vertreter der Europäischen Kommission und der Behörden der Mitgliedsstaaten) „an einem Tisch“ zusammen. Am Rande des Treffens erfolgte die Unterzeichnung zahlreicher horizontaler Luftfahrtabkommen.

- | Meinungsaustausch mit Vertretern aus allen Bereichen der Luftfahrtindustrie
- | Unterzeichnung zahlreicher Luftfahrtabkommen

# BUNDESMINISTERIUM FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN



Bundesministerin Dr. Ursula Plassnik  
Staatssekretär Dr. Hans Winkler

## KOORDINATION DER AUSSENPOLITIK FÜR EUROPA

Während der österreichischen Ratspräsidentschaft fanden 6 Tagungen des Rates für Allgemeine Angelegenheiten und Auswärtige Beziehungen sowie zwei informelle Treffen der EU-Außenminister statt. Schwerpunkte dieser Ratstagungen waren internationale Entwicklungen und Krisen, die Situation im Westbalkan, die Zukunft Europas und die europäische Nachbarschaftspolitik.

Darüber hinaus wurden 47 Drittstaatentreffen auf Ministerebene abgehalten, davon 19 sogenannte Troika-Treffen, an denen neben der österreichischen Ratspräsidentschaft auch der Hohe Vertreter für die EU-Außenpolitik, die Kommission und die nachfolgende Präsidentschaft teilnahmen. Solche Troika-Treffen fanden etwa mit Russland, China, Ukraine, Türkei, Afghanistan, Indonesien und der Afrikanischen Union statt. Zu den Höhepunkten der österreichischen Ratspräsidentschaft gehören weiters zahlreiche Gipfeltreffen wie der EU-Lateinamerika-Gipfel Anfang Mai sowie das Gipfeltreffen EU-USA Ende Juni.

- I Österreich im Zentrum und Dienste Europas und der Welt
- I Zahlreiche Treffen der EU-Außenminister und Treffen mit Drittstaaten unter österreichischer Leitung

## KRISENBEWÄLTIGUNG FÜR EUROPA

Mehrere Krisensituationen, wie etwa der Karikaturenstreit, der Nuklearkonflikt mit dem Iran, die Entwicklung im Nahen Osten nach dem Wahlsieg der Hamas sowie die Friedensbemühungen im Sudan stellten die österreichische Ratspräsidentschaft vor besondere Herausforderungen.

Erfolgreiches Krisenmanagement im Streit um die Mohammed-Karikaturen durch ein klares Eintreten für den Schutz europäischer Bürger und Einrichtungen und die Förderung des Dialogs zwischen den Kulturen und Religionen sowie die Sicherstellung einer einheitlichen EU-Linie im Nuklearstreit mit dem Iran und die Definierung klarer Grundprinzipien für eine Zusammenarbeit mit einer Hamas-geführten Regierung zeichneten die österreichische Ratspräsidentschaft im Bereich Außenpolitik aus.

I Erfolgreiches Krisenmanagement durch den österreichischen EU-Vorsitz

# BUNDESMINISTERIUM FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

## DER WESTBALKAN ALS TEIL EUROPAS

Einer der Höhepunkte der österreichischen Ratspräsidentschaft war das informelle Treffen der Außenminister in Salzburg. Schwerpunkt des informellen Treffens waren die Beziehungen der EU zum Westbalkan, wobei Handelsfragen, der Kampf gegen die organisierte Kriminalität, Reiseerleichterungen und die glaubwürdige Vermittlung der europäischen Perspektive gerade für die Jugend in der Region im Zentrum standen. Am Ende des Treffens verabschiedeten die Außenminister aller 33 teilnehmenden Länder eine gemeinsame „Salzburger Erklärung“, in der die europäische Perspektive für alle Staaten des Westbalkans deutlich bekräftigt und die EU-Mitgliedschaft als endgültiges Ziel hervorgehoben wird.

I Heranführung des Westbalkans an die EU als einer der Schwerpunkte der Präsidentschaft

## ERWEITERUNG ALS CHANCE UND HERAUSFORDERUNG

Eröffnung der Beitrittsverhandlungen zu den ersten Kapiteln mit Kroatien und der Türkei: Der österreichische EU-Vorsitz initiierte eine strategische Grundsatze debatte zur Erweiterung und zur Aufnahme fähigkeit der EU. Die kommenden Präsidentschaften und die Europäische Kommission werden diese Debatte weiterführen, mit dem Ziel, eine praktische Definition der Aufnahme fähigkeit der EU zu erarbeiten.

I Eröffnung der ersten Beitrittskapitel mit Kroatien und Türkei  
I Grundsatzdebatte zur Erweiterung und zur Aufnahme fähigkeit der EU

## VON DER ZUKUNFTSDEBATTE ZUM ZUKUNFTSPROGRAMM

Das Treffen der Außenminister in Klosterneuburg am 26. – 27. Mai ermöglichte erstmals nach einem Jahr eine offene und sachliche Diskussion der 25 Außenminister zur Zukunft Europas und war ein erster Schritt von der Zukunftsdebatte hin zu einem Zukunftsprogramm. Dabei sind erste Bausteine für einen neuen Konsens zur Zukunftsdebatte sichtbar geworden sowie der gemeinsame Wille, Etappen für den Verfassungsprozess festzulegen. Das Verfassungsprojekt wird als europäisches Projekt weiterverfolgt. Darüber hinaus einigten sich die EU-Außenminister, konkrete Bürgeranliegen und -sorgen in den Vordergrund ihrer künftigen Arbeit zu stellen.

I Österreich stellt die Weichen für die nächsten Etappen im Verfassungsprozess

## Staatssekretariat für auswärtige Angelegenheiten

### DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT ALS PARTNER

Ergänzend zu den Ratstagungen fanden zahlreiche Arbeitsgespräche auf Ministerebene statt. So weist die österreichische Ratspräsidentschaft die höchste Präsenz von Regierungsmitgliedern eines Mitgliedstaates vor dem Europäischen Parlament auf. Staatssekretär Winkler war im ständigen Dialog mit dem Europäischen Parlament. Neben Frau Bundesminister Plassnik trat er vor dem Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten und der Plenarversammlung des Europäischen Parlaments auf.

I Dialog mit dem Europäischen Parlament als wichtige Grundlage für europäische Zusammenarbeit

### DER BÜRGER IM MITTELPUNKT

Die österreichische Ratspräsidentschaft stellte vor allem den Dialog mit den österreichischen und europäischen Bürgern in den Vordergrund. Anlässlich des Europatages 2006 fand am 9. Mai erstmals ein europaweites Bürgerprojekt statt – das Café d'Europe. Unter der Schirmherrschaft der österreichischen Ratspräsidentschaft wurden in 27 europäischen Hauptstädten in ebenso vielen „Cafés d'Europe“ Diskussionsveranstaltungen, literarische und kulinarische Aktionen abgehalten.

I Dialog mit den Bürgern im Vordergrund der EU-Präsidentschaft

### EINRICHTUNG DES MENSCHENRECHTSRATES

Mitte März 2006 wurden in New York die Verhandlungen über die Einrichtung eines Menschenrechtsrates innerhalb der Vereinten Nationen erfolgreich abgeschlossen. Die EU, vertreten durch den österreichischen Vorsitz, leistete diesbezüglich einen maßgeblichen Beitrag.

I Abschluss der Verhandlungen zum Menschenrechtsrat unter österreichischem Vorsitz

# BUNDESMINISTERIUM FÜR BILDUNG, WISSENSCHAFT UND KULTUR



Bundesministerin Elisabeth Gehrler

## MEHR GELD FÜR MOBILITÄT ERREICHT

Bildung ist der Schlüssel zu mehr Wachstum und Beschäftigung in Europa. Unter der österreichischen Ratspräsidentschaft ist das Budget der europäischen Bildungsprogramme nochmals um 800 Millionen Euro erhöht worden und mit nunmehr fast 7 Milliarden Euro das größte, das es je gab. Mit den Programmen des „Lebenslangen Lernens“ haben nicht nur junge Menschen die Möglichkeit auf einen Auslandsaufenthalt, auch Erwachsene können sich weiterbilden. Allein aus Österreich haben seit 1995 mehr als 75.000 Menschen an den Mobilitätsprogrammen der EU teilgenommen.

**Fast 7 Mrd. Euro – größtes Budget in der Geschichte der Mobilitätsprogramme:**

- | 3 Mio. Studierende bis 2012 ins Ausland
- | 75.000 Teilnehmer an Mobilitätsprogrammen seit 1995 aus Österreich

## EQR – DIE GEMEINSAME WÄHRUNG IM BILDUNGSBEREICH

Der neue Europäische Qualifikationsrahmen ist eine Art Bildungswährung, mit der man seine Fähigkeiten und Kompetenzen in die Bildungssysteme anderer Länder übersetzen kann. Auf acht Levels werden in Zukunft die Bürgerinnen und Bürger Europas ihre Ausbildungen und Kenntnisse einordnen können. Vom angelernten Arbeiter bis zum PhD können dann Europas Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihre Qualifikationen einem Arbeitgeber leichter präsentieren.

In Wien wurde eine Expertenkommission für die raschere Umsetzung der Bildungswährung eingesetzt.

- | Bildung bleibt nationale Kompetenz – die neue Bildungswährung EQR hilft aber beim Übersetzen
- | Bessere Nachweismöglichkeiten der Kompetenzen im Ausland fördern Mobilität

# BUNDESMINISTERIUM FÜR BILDUNG, WISSENSCHAFT UND KULTUR

## PAKT FÜR BILDUNG MIT DEM WESTBALKAN

Gemeinsam mit den Ministern der Westbalkanstaaten wurde in Wien ein Pakt für Bildung beschlossen. Die Staaten des Westbalkans können ab 2007 als gleichberechtigte Partner am Programm Lebenslanges Lernen der EU teilnehmen. Die gute Partnerschaft Österreichs zu den Westbalkanstaaten trägt bereits heute zur Stabilität der Region und damit zur Sicherheit in Österreich bei. Österreich fördert die Länder des Westbalkans z. B. durch Austauschprogramme und nationale Experten. Das sind österreichische Bildungsbeauftragte, die zum Beispiel in Belgrad, Bukarest, Podgorica, Skopje, Tirana oder Zagreb im Einsatz sind.

### Pakt für Bildung mit dem Westbalkan:

- | Teilnahme der Westbalkanstaaten an EU-Mobilitätsprogrammen (Erasmus, ...) ab 2007
- | Wissenstransfer aus Österreich durch Erfahrungsaustausch

## EINIGUNG ÜBER GRÖSSTES EU-FÖRDERUNGSPROGRAMM FÜR FORSCHUNG (EG)

Beim 7. Forschungsrahmenprogramm (EG) konnte unter österreichischem Vorsitz eine Einigung erreicht werden. Mit mehr als 54 Milliarden Euro wird es um über 60 Prozent mehr Mittel für Forschung geben. Vor allem die Klein- und Mittelbetriebe profitieren vom Beschluss dieses Programms. Insgesamt knapp 5 Mrd. Euro davon sind für die Zusammenarbeit in europäischen Forschungsprojekten reserviert. Österreich ist bei den Forschungsinvestitionen bereits unter die Top 5 Europas aufgestiegen.

- | Größtes Forschungsprogramm in der Geschichte der EU, Steigerung um mehr als 60%
- | Österreich bei Forschungsinvestitionen unter die Top 5 der EU aufgestiegen

## SICHERHEIT HAT VORRANG – ÖSTERREICHISCHER VORBEHALT GEGEN NEUE AKWS

Österreich setzt in der EU seinen Anti-Atomkurs fort und hat als einziges Land gegen das EU-Programm EURATOM gestimmt. Die EU-Mittel für die atomare Forschung sollen lediglich für die ungefährliche Kernfusionsforschung (der Sonne nachempfundene Form der Energiegewinnung) und für die Sicherheit bestehender Atomkraftwerke verwendet werden.

- | Österreich sagt als einziges Land NEIN zu EURATOM
- | JA zu innovativen Forschungsprojekten durch Kernfusion

## INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT STÄRKEN

Mit dem European Institute of Technology werden die besten Köpfe für das Europa von morgen gebündelt. Österreich will in der obersten europäischen Wissenschaftsliga mitspielen und hat mit dem Institute of Science and Technology Austria in Klosterneuburg hervorragende Rahmenbedingungen geschaffen.

Auf Initiative Österreichs wurde eine Steuerungsplattform für eine bessere Zusammenarbeit im Bereich der Forschung mit den Westbalkan-Ländern eingerichtet. Ziel ist es, in Zukunft noch mehr gemeinsame Projekte durchzuführen und Doppelgleisigkeiten zu vermeiden. Sitz der Plattform wird Wien sein, wodurch die EU-Zusammenarbeit mit dem Westbalkan nachhaltig mit Österreich verknüpft wird.

- | Brain gain statt Brain drain: Mit IST-A in oberster Forschungsliga mitspielen

- | Forschungsplattform in Wien für bessere Zusammenarbeit mit Westbalkanländern eingerichtet

# BUNDESMINISTERIUM FÜR FINANZEN



Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser  
Staatssekretär Dr. Alfred Finz

## EINIGUNG ÜBER DEN BUDGETRAHMEN

Nach erfolgreichen Verhandlungen wurde am 17. Mai 2006 der EU-Budgetrahmen für 2007 – 2013 unterschrieben. Diese Interinstitutionelle Vereinbarung wird am 1. Januar 2007 in Kraft treten. Nach zahlreichen Gesprächen und Verhandlungen war es letztendlich zu einer politischen Einigung der Staats- und Regierungschefs über den Finanzrahmen 2007 – 2013 gekommen. Der mit dem Europäischen Parlament erzielte Kompromiss stellt sicher, dass sämtliche Gemeinschaftsprogramme rechtzeitig in Kraft treten können und künftig für Maßnahmen zur Wachstums- und Beschäftigungsförderung deutlich mehr Budgetmittel zur Verfügung stehen. Zudem ist es gelungen, ein Ausgabengesamtvolumen sicherzustellen, das nahe liegt am beim Europäischen Rat im Dezember 2005 erzielten Ergebnis.

### Einigung mit dem Europäischen Parlament:

- | 4 Mrd. € mehr für Zukunftsbereiche
- | Österreich kann seine Zahlungen bei 1% des Bruttoinlandsprodukts halten
- | Programme stehen ab 2007 zur Verfügung

## BESTEUERUNG ARBEITSINTENSIVER DIENSTLEISTUNGEN

Bereits zu Beginn des Jahres ist es der österreichischen Ratspräsidentschaft gelungen, hier eine Einigung zu erzielen. Durch die Verlängerung der Sonderregelung können Mitgliedstaaten auf arbeitsintensive Dienstleistungen weiterhin den ermäßigten Mehrwertsteuersatz anwenden. Davon haben insgesamt 10 Mitgliedstaaten mit über 200 Millionen Einwohnern Gebrauch gemacht. Auch neue Mitgliedstaaten haben die Möglichkeit, diese Sonderregelung in Anspruch zu nehmen.

### Arbeitsintensive Dienstleistungen:

- | Auch in Zukunft ermäßigte Mehrwertsteuersätze
- | Sonderregelungen für neue Mitgliedsländer

# BUNDESMINISTERIUM FÜR FINANZEN

## BESSERE FINANZKONTROLLE

Im Mai trafen Bundesminister Grasser, Staatssekretär Finz, der Präsident des österreichischen Rechnungshofes Moser und der Präsident des europäischen Rechnungshofes Weber zusammen, um Erfordernisse und Maßnahmen zur Verbesserung der EU-Finanzkontrolle zu besprechen, so z.B. die Schaffung eines Integrierten Internen Kontrollrahmens durch die Verbesserung der Kontrollsysteme in den Mitgliedstaaten und die Erarbeitung gemeinsamer Kontrollnormen.

### Bessere Finanzkontrolle:

- | Bessere Kontrolle beim Einsatz der EU-Gelder in den Mitgliedsländern
- | Gemeinsame Kontrollnormen

## EINIGUNG AUF EIB-BEITRAG ZUR FÖRDERUNG VON WACHSTUM UND BESCHÄFTIGUNG

Aufgrund einer Initiative der österreichischen Ratspräsidentschaft wird die Europäische Investitionsbank EIB innerhalb der nächsten Jahre ihre Darlehen für wachstums- und beschäftigungsfördernde Maßnahmen deutlich erhöhen. Durch Zusammenarbeit von EIB und dem EU-Haushalt können private Gelder mobilisiert werden: Für die Bereiche Forschung, Technologie und Klein- und Mittelunternehmen (KMU) werden zusätzlich 15 Mrd. Euro und für den Ausbau der Transeuropäischen Netze zusätzlich 25 Mrd. Euro zur Verfügung stehen. Für Klein- und Mittelbetriebe werden bis zu 30 Mrd. Euro an zusätzlichem Risikokapital bereitgestellt.

### Mobilisierung privater Gelder:

- | Für risikoreiche Forschungsprojekte
- | Ausbau der Transeuropäischen Netze
- | Risikokapital für Klein- und Mittelbetriebe

## Staatssekretariat für Personal-, Budget- und Finanzcontrolling

### UMSETZUNG DER EU-REGIONALPOLITIK VERHANDELT

Unter österreichischer Ratspräsidentschaft wurden die Verordnungen zur Umsetzung der regionalpolitischen Fördermaßnahmen ausverhandelt. Die Regionalpolitik ist mit rund 35% der Budgetmittel des EU-Budgets der zweitgrößte Ausgabenbereich und daher besonders hart umkämpft.

Die erzielte rasche Einigung mit dem Europäischen Parlament sorgt dafür, dass die Umsetzungsprogramme in den Mitgliedsländern 2007 starten können. Die EU kann ihren Solidaritätsversprechen gegenüber den wirtschaftlich schwächeren Gebieten nachkommen. Sichergestellt werden konnte, dass Standortverlagerungen innerhalb der Union nicht gefördert werden. Die Regionalförderung wird an Maßnahmen gebunden, die Wachstum und Beschäftigung in der Union ankurbeln. Dargestellt werden diese Maßnahmen in den einzelstaatlichen strategischen Rahmenplänen.

Ziel war es, die Mittelabschöpfung zu verbessern und ein Maximum an Flexibilität für die Mitgliedstaaten bei der Erstellung der nationalen Förderprogramme herauszuholen. Dem gegenüber stand die Forderung des Parlaments, verbindliche Programmierungsprozesse festzulegen und das Budget auszuweiten. Die von Österreich verfolgte Linie, die Gelder effizienter zu nützen als die Beiträge der Mitgliedsländer zu erhöhen, setzte sich durch.

Österreich konnte Sonderzuwendungen insbesondere für das Burgenland, das trotz seiner wirtschaftlich guten Entwicklung eine auslaufende Förderung in Höhe von 158 Mio. Euro als Ziel-1-Gebiet erhielt, oder für die Grenzregionen, die 150 Mio. Euro Sondermittel erhielten und höheren Fördergrenzen unterliegen, erreichen. Die Reduktion der Regionalförderungen aus Brüssel von rund 1,8 Mrd. Euro in der Periode 2000 – 2006 auf rund 1,3 Mrd. in der Periode 2007 – 2013 Euro fällt insofern recht moderat aus, als mit Rumänien und Bulgarien in dieser Periode zwei weitere Mitglieder dazukommen werden, die Anspruch auf hohe Fördergelder aus Brüssel haben werden.

### Regionalpolitik ist mit 35% der Budgetmittel des EU-Budgets der zweitgrößte Ausgabenbereich:

- | Die erzielte rasche Einigung bei den Rechtsgrundlagen ermöglicht Start der Förderprogramme 2007
- | Gefördert werden Projekte, die Wachstum und Beschäftigung ankurbeln
- | EU-Gelder werden effizienter genutzt
- | Keine EU-Gelder für Standortverlagerungen
- | Flexibilität für die Mitgliedsstaaten bei der Erstellung der nationalen Förderprogramme

### Erfolge für Österreich:

- | 1,3 Mrd. Euro in der Periode 2007 – 2013
- | 150 Mio. Euro Sondermittel für Grenzregionen
- | 158 Mio. Euro auslaufende Förderung für das Burgenland als Ziel-1-Gebiet

# BUNDESMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT UND FRAUEN



Bundesministerin Maria Rauch-Kallat

## KINDERARZNEIMITTELVERORDNUNG

Rund 50 % der derzeit am Markt befindlichen Arzneimittel sind nicht speziell für die Verwendung bei Kindern zugelassen. Ärzt/innen sind deshalb häufig gezwungen, einfach geringer zu dosieren, ohne die genaue Wirkung bei Kindern zu kennen. Durch intensive Kontakte mit dem Europäischen Parlament konnte in Rekordzeit eine sog. „frühe Einigung“ zu einer Kinderarzneimittel-Verordnung erzielt werden.

Künftig ist damit sichergestellt, dass – ohne unnötige klinische Prüfungen an Kindern – für diese Patientengruppe angepasste und deren Physiologie entsprechende Arzneimittel hergestellt werden können.

| Großteils heute am Markt befindliche Arzneimittel nicht für die Verwendung von Kindern zugelassen  
| Zukünftig Herstellung von speziell für Kinder angepassten Arzneimittel

## TYP II DIABETES

Diabetes II hat epidemieartige Dimensionen angenommen und erfordert weltweite, gemeinsame Anstrengungen. Die österreichische Ratspräsidentschaft hat die EU-Mitgliedstaaten aufgerufen, im Rahmen ihrer Gesundheitsprogramme Diabetespläne (unter Einbeziehung von Gesundheitspersonal, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Administration) zu erarbeiten und umzusetzen. Wesentlich dabei ist die verstärkte Aufklärung über die Gefahren von falscher Ernährung, mangelnder Bewegung und Übergewicht, um die Entstehung von Diabetes und der Folgeerkrankungen möglichst zu verhindern.

| Diabetes – „die Geisel des 21. Jahrhunderts“

# BUNDESMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT UND FRAUEN

## FRAUENGESUNDHEIT

Traditionell als „männlich“ wahrgenommene Erkrankungen, wie z.B. Herz-Kreislauf-Erkrankungen, sind bei Frauen in fast allen EU-Ländern im Vormarsch, prozentuell sterben daran mehr Frauen als Männer. Andere Erkrankungen betreffen ausschließlich oder überwiegend Frauen (Endometriose, Osteoporose), sind aber in der Ursache nicht bis kaum erforscht.

Die geschlechtsspezifischen Aspekte in Diagnose, Behandlung und Nachbetreuung müssen Teil der Gesundheitsversorgung werden. Durch Aufgreifen des Themas „Frauengesundheit“ konnten Politik und Gesellschaft für die spezifischen Anliegen sensibilisiert werden. Es konnte weiters die Erstellung eines neuen europäischen Frauengesundheitsberichts der Kommission initiiert werden, der den Status aller 25 EU-Mitglieder dokumentiert. Der erste und bislang letzte Bericht dieser Art erschien 1997.

### Frauenherzen schlagen anders:

| Nur eine geschlechtergerechte Medizin garantiert die bestmögliche Versorgung aller Menschen – Männer und Frauen

## GLEICHSTELLUNGSIKITUT

Die Europäische Kommission plant für 2007 neue Empfehlungen zur Schließung der Einkommensschere zwischen Männern und Frauen – die österreichische Ratspräsidentschaft leistete dabei wichtige Vorarbeiten und trieb das Thema voran. Im Rahmen einer Fachkonferenz diskutierten der zuständige Kommissar Spidla sowie erstmals alle Sozialpartner darüber, wie man „Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“ realisieren kann. Weiters konnte eine politische Einigung zum europäischen Gender-Institut erzielt werden, das ab 2007 seine Arbeit aufnehmen soll.

| Europäisches Gender-Institut nimmt ab 2007 seine Arbeit auf  
| Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

## LEBENSMITTELKENNZEICHNUNG

Mit der unter österreichischer Ratspräsidentschaft gelungenen Einigung über den „Vorschlag für eine Verordnung über Nährwert- und gesundheitsbezogene Angaben über Lebensmittel“ sowie den „Vorschlag für eine Verordnung über den Zusatz von Vitaminen und Mineralien und anderen Zusatzstoffen in Lebensmitteln“ ist ein weiterer Schritt im Sinne eines hohen Gesundheits- und Verbraucherschutzniveaus in der Gemeinschaft gesetzt worden. Konsument/innen haben nun die notwendigen Informationen für eine sachkundige Entscheidung bei der Wahl ihrer Lebensmittel – entsprechend den jeweiligen Ernährungsbedürfnissen – an der Hand.

### Lebensmittelsicherheit:

| Aufklärung der Verbraucher über Lebensmittelzusätze durch entsprechende Etikettierung

## MASSNAHMEN GEGEN GEFLÜGELPEST

Durch die Anfang des Jahres weltweit verstärkt auftretenden Fälle von Geflügelpest war rasches Handeln und koordiniertes Vorgehen erforderlich. Österreich hat wegweisend zielgruppenorientierte Empfehlungen und Informationen veröffentlicht, die Kommission hat in der Folge ein Seminar für Presseferenten der zuständigen Ministerien veranstaltet und ein Netzwerk etabliert. Im Krisenfall ist damit eine rasche und koordinierte Information der Öffentlichkeit sichergestellt.

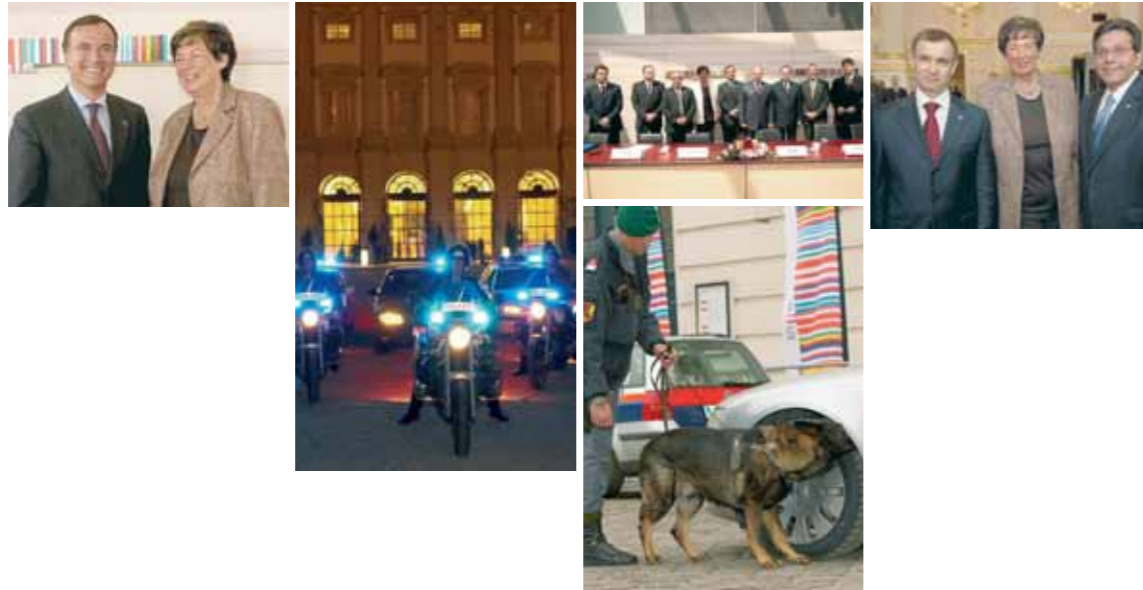
| Informationsstrategie zur sicheren Information der Öffentlichkeit

## TIERSCHUTZ

Mit dem bundesweiten Tierschutzgesetz als Vorbild organisierte die österreichische Ratspräsidentschaft die erste EU-weite Konferenz über Tierschutz. Vertreter/innen der Mitgliedstaaten, aller an der Lebensmittelkette beteiligten Berufsgruppen und Organisationen diskutierten EU-weite Mindeststandards zu Aufzucht, Haltung, Transport und Schlachtung von Nutztieren.

| Mindestnormen zum Schutz unserer Nutztiere

# BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERES



Bundesministerin Liese Prokop

## AUFBAU EINES SICHERHEITSGÜRTELS UM DIE EU

Globale Probleme wie Terrorismus, organisierte Kriminalität oder illegale Migration erfordern globale Antworten. Die Präsidentschaft hat daher im Rahmen der Umsetzung der neuen EU-Außenstrategie im Bereich der inneren Sicherheit mit dem Aufbau eines „Sicherheitsgürtels“ um die EU begonnen. Dies wurde in der „Wiener Erklärung“ festgeschrieben. Neben den Mitgliedstaaten der EU, den Beitrittsländern und Beitrittskandidaten, haben daran die Länder des Westbalkan und der Europäischen Nachbarschaft im Osten und Süden der EU sowie die Russische Föderation und die USA mitgewirkt.

Darauf aufbauend wurde eine „Partnerschaft für die Sicherheit“ zwischen der EU und den Ländern des Westbalkan begründet. Darüber hinaus wurde mit der „Wiener Initiative“ erstmals ein gemeinsamer Innenminister-Dialog EU, Russland, USA zustande gebracht.

- | Schaffung eines „Sicherheitsgürtels“ um die EU
- | Partnerschaft für die Sicherheit mit EU-Nachbarstaaten, Russland und USA

## VERBESSERUNG DER ZUSAMMENARBEIT BEI ASYL, MIGRATION UND GRENZ- KONTROLLEN

In den Bereichen Asyl, Migration und Grenzmanagement wurde die Zusammenarbeit innerhalb der EU und mit Drittstaaten verstärkt. So wurde etwa ein gemeinsames EU-Migrations-Informationssystem aufgebaut.

Einem besonderem Migrationsdruck ausgesetzte Mitgliedstaaten erhalten Unterstützung von anderen Mitgliedstaaten. Um Hilfesuchenden möglichst rasch und nahe ihrer Heimat Schutz und Betreuung anbieten zu können, wurden Pilotprogramme in Ost-Europa und Sub-Sahara vorbereitet. Weiters wurden gemeinsame Rückführungen von illegal Aufhältigen auf dem Luftweg beschlossen.

- | Stärkung der Zusammenarbeit innerhalb der EU und mit Drittstaaten
- | 4 Mrd. € für Außengrenzschutz, Rückführung, Asyl und Integration in den Jahren 2007 – 2013

# BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERES

## VERBESSERUNG DES KRISEN- UND KATASTROPHEN-MANAGEMENT

Im Bereich Krisen- und Katastrophen-Management wurden die Grundlagen für ein rasches, koordiniertes Vorgehen der EU geschaffen und ein entsprechendes Handbuch erstellt. Zudem wurde ein Beitrag für eine verbesserte Kooperation mit der UNO geleistet.

| Rasches und koordiniertes Vorgehen der EU im Krisen- und Katastrophenfall

## BEKÄMPFUNG DER ORGANISIERTEN KRIMINALITÄT UND DER KORRUPTION

Im Kampf gegen die Organisierte Kriminalität und die Korruption soll Europol auf der Basis eines erarbeiteten „Optionenberichts“ modernisiert und gestärkt werden. Im Kampf gegen den Kinderhandel wurde ein Handbuch mit verbesserten Befragungs- und Ermittlungsmethoden erstellt.

Mit der ersten EU-weiten Kriminalitätsanalyse wurden klare Prioritäten für die Bekämpfung der Organisierten Kriminalität in Europa definiert. Zur Abschöpfung von Vermögen aus kriminellen Handlungen wurde die Schaffung von nationalen Kontaktstellen beschlossen. Zudem wurde mit dem Aufbau eines Netzwerkes gegen die Korruption begonnen.

| Modernisierung und Stärkung von Europol  
| Erste EU-weite Kriminalitätsanalyse - Kampf gegen Kinderhandel und Aufbau eines Anti-Korruptionsnetzwerks

## TERRORISMUS-BEKÄMPFUNG

Zur Verbesserung der Bekämpfung des Terrorismus wurde neben der Überarbeitung des Aktionsplans erstmals ein hochrangiger Dialog zwischen dem Rat, der Kommission und dem Europäischen Parlament zur Verbesserung der Zusammenarbeit der EU-Institutionen abgehalten.

Mit der internationalen Konferenz zum „Dialog der Kulturen und Religionen“ hat Österreich darüber hinaus einen wichtigen Beitrag gegen Radikalisierung und Anwerbung von Terroristen geleistet.

| Prävention bei der Terrorismusbekämpfung  
| Dialog der Kulturen und Religionen

## STÄRKUNG DER KONTROLLE DER EU-AUSSENGRENZEN UND DER POLIZEILICHEN ZUSAMMENARBEIT

In Vorbereitung der Schengen-Erweiterung wurden in den neuen MS Kontrollen zur Qualität der Grenzkontrollen durchgeführt. Zudem wurden die Rechtsgrundlagen für das neue Schengener Informationssystem SIS II vorbereitet. Damit werden die neuen EU-Mitglieder voll in das System der polizeilichen Zusammenarbeit einbezogen.

| Schaffung der rechtlichen Grundlagen für Schengen-Beitritt der neuen EU-Mitglieder

# BUNDESMINISTERIUM FÜR JUSTIZ



Bundesministerin Mag. Karin Gastinger

## AUF AUSSERVERTRAGLICHE SCHULD- VERHÄLTNISSE ANZUWENDENDEN RECHT (ROM II)

Durch diese Verordnung werden die Regelungen über außervertragliche Schuldverhältnisse vereinheitlicht. Den Parteien ist es möglich, im Vorhinein festzustellen, welche Vorschrift für die jeweilige Rechtsbeziehung gilt. Es lässt sich bestimmen, auf Grundlage welcher Rechtsordnung ein internationaler zivilrechtlicher Fall zu entscheiden ist, in dem die Streitparteien in keinem vertraglichen Verhältnis zueinander stehen.

Damit ist ein weiterer wichtiger Schritt zur Harmonisierung des internationalen Privatrechts in Zivil- und Handelssachen gelungen.

| Klarheit in internationalen zivilrechtlichen Fällen  
| Verbesserung der Rechtssicherheit

## ZEIT UND KOSTEN SPARENDES MAHNVERFAHREN

Durch das neu geschaffene Europäische Mahnverfahren wird ein einfaches und schnelles grenzüberschreitendes Verfahren über unbestrittene Geldforderungen geschaffen.

Dieses schlanke Gerichtsverfahren verringert die Kosten und ermöglicht die Vollstreckung ohne Zwischenverfahren durch den freien Verkehr Europäischer Zahlungsbefehle. Das Europäische Mahnverfahren ist eine zusätzliche Alternative für den Antragsteller, dem es nach wie vor freisteht, sich für die im innerstaatlichen Recht vorgesehenen Verfahren zu entscheiden.

| Geldforderungen EU-weit schneller und kostengünstiger eintreiben

# BUNDESMINISTERIUM FÜR JUSTIZ

## EUROPÄISCHES BAGATELLVERFAHREN

Die Hauptlinien zur Schaffung eines europäischen Verfahrens für geringfügige Forderungen konnten unter der österreichischen Ratspräsidentschaft festgelegt werden. Als Alternative zu den in den Mitgliedsstaaten bestehenden innerstaatlichen Verfahren soll ein einfaches, zeitsparendes und kostengünstiges Gerichtsverfahren geschaffen werden, um eine vollstreckbare gerichtliche Entscheidung über eine Forderung mit geringem Streitwert zu erwirken.

| Reduzierung der Kosten bei EU-weiten Streitigkeiten mit einem Streitwert bis zu € 2.000,-

## REVISION DER EUROPÄISCHEN ZUSTELLVERORDNUNG

Bisher beobachtete Probleme bei der Übermittlung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke in Zivil- und Handelssachen, wie zum Beispiel die Frage der Regelung der Zustellkosten, wurden im Zuge einer Überarbeitung der Europäischen Zustellverordnung beseitigt.

| Schnelle Zustellung von Schriftstücken in Zivil- und Handelssachen

## BEKÄMPFUNG DER ORGANISIERTEN KRIMINALITÄT

Grenzüberschreitende organisierte Kriminalität und die von ihr ausgehende Gefahr erfordern wirksame Maßnahmen von den Mitgliedsstaaten und der Europäischen Union. Die von den Justizministern im April 2006 erzielte Einigung über die allgemeine Ausrichtung des Rahmenbeschlusses zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität verfolgt die Angleichung der innerstaatlichen Strafrechtsvorschriften der Mitgliedsstaaten im Hinblick auf die Beteiligung an einer „kriminellen Vereinigung“.

| Verstärkte europaweite Zusammenarbeit im Kampf gegen internationales Verbrechen

## AUSTAUSCH VON BEWEISMITTELN IN STRAFVERFAHREN

Die Europäische Beweisverordnung hat zum Ziel, einen effektiven Mechanismus zu schaffen, um in einem anderen Mitgliedsstaat vorhandene Beweismittel (Sachen, Schriftstücke und Daten), die in einem Strafverfahren in einem anderen Mitgliedsstaat benötigt werden, zu erhalten. Die diesem Verfahren zugrunde liegende Idee ist, dass ein Gericht in einem Mitgliedsstaat eine Europäische Beweisverordnung ausstellt und diese unmittelbar vom Gericht eines anderen Mitgliedsstaates anerkannt und vollzogen wird.

| Einfaches Verfahren zum Austausch von Beweismitteln  
| Effiziente europaweite Zusammenarbeit in Strafverfahren

## ÜBERSTELLUNG VERURTEILTER PERSONEN

Die Arbeiten zur gemeinsamen Initiative von Österreich, Finnland und Schweden zur Überstellung verurteilter Personen konnte soweit vorangetrieben werden, dass ein Abschluss bis Ende 2006 möglich scheint. Zur Übernahme des Vollzuges einer Freiheitsstrafe wird grundsätzlich jener Mitgliedsstaat verpflichtet, dessen Staatsangehörigkeit der Verurteilte besitzt oder in dem er seinen ständigen rechtmäßigen Aufenthalt hat.

| Bessere Resozialisierung strafgerichtlich verurteilter Personen  
| Entlastung der Gefängnisse

# BUNDESMINISTERIUM FÜR LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT, UMWELT UND WASSERWIRTSCHAFT



Bundesminister DI Josef Pröll

## LÄNDLICHE ENTWICKLUNG

Die Annahme des Verteilungsschlüssels zur Ländlichen Entwicklung unter österreichischer Ratspräsidentschaft schafft für den Zeitraum 2007 – 2013 verlässliche Rahmenbedingungen für die zweite Säule der GAP. Die strategischen Leitlinien sichern überdies die nachhaltige Ausrichtung des europäischen Landwirtschaftsmodells und werden in den Mitgliedstaaten in nationalen Strategien und Förderprogrammen umgesetzt. Österreich kann damit seinen erfolgreich ökosozialen Weg in der Landwirtschaft fortsetzen.

| Einigung über Ländliche Entwicklung gibt Planungssicherheit bis 2013

## BIOENERGIE – AKTIONSPLAN

Im Rahmen der Debatte um eine nachhaltige Energieversorgung stellte die verstärkte Nutzung der Bioenergie einen Schwerpunkt der österreichischen Ratspräsidentschaft dar: Die Förderung und Nutzung von Biomasse zur Energiegewinnung bringt Potenzial für Einkommen und Beschäftigung in der Landwirtschaft und ländlichen Wirtschaftssektoren und kann entscheidend zum EU-Ziel, bis 2012 einen Anteil von 12% erneuerbarer Energie zu erreichen, beitragen. Zur Sicherstellung des Zieles für Biokraftstoffe im Verkehrsbereich bis 2010 sollen Beimischungsverpflichtungen geprüft werden.

| Erschließung des Potenzials der Biomassenutzung für Einkommen und Beschäftigung  
| Beimischungsverpflichtungen für Biokraftstoffe im Verkehrsbereich prüfen

# BUNDESMINISTERIUM FÜR LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT, UMWELT UND WASSERWIRTSCHAFT

## ABSCHLUSS DER ZUCKERMARKTREFORM

Mit der Annahme der Rechtstexte zur Zuckermarktreform durch die österreichische Ratspräsidentschaft konnten rechtzeitig zuverlässige Rahmenbedingungen für den Zuckerrübenanbau geschaffen werden. Die Reform bringt grundlegende Änderungen: Die Quotenzuckererzeugung der EU soll mit einem freiwilligen Stilllegungsprogramm reduziert werden. Die Preise für Zucker werden um 36% und für Rüben um 39,4% in jeweils vier Jahresschritten ab 2006/07 gesenkt. Die Rübenbauern erhalten rund 65% der Preiskürzung durch entkoppelte Betriebsprämien ausgeglichen.

- | Senkung der garantierten Preise für Zucker und Rüben in jeweils vier Jahresschritten ab 2006/07
- | Ausgleich der Preiskürzung der Rübenbauern im Ausmaß von ca. 65% durch entkoppelte Betriebsprämien

## GVO-KOEXISTENZ

Der Schutz der GVO produzierenden europäischen Landwirtschaft vor gentechnischer Verunreinigung sowie die Verbesserung der Transparenz bei Zulassungsverfahren von GVO stellten einen Schwerpunkt der Beratungen der österreichischen Ratspräsidentschaft dar. Vor allem in der Frage europäisch einheitlicher Koexistenzkriterien wurden Fortschritte erzielt.

- | GVO – Wahlfreiheit für Konsumenten und Landwirte im Vordergrund

## EINIGUNG ZU DEN FLUORIERTEN GASEN

Fluorierte Treibhausgase sind sehr klimarelevante Treibhausgase, die z.B. in Klimaanlage zum Einsatz kommen. Unter österreichischer Ratspräsidentschaft wurden nach zähen und jahrelangen Diskussionen zwei Rechtsakte mit dem Ziel der Reduktion solcher Emissionen im Sinne der Kyoto-Ziele angenommen. Besonders positiv für Österreich ist die Möglichkeit, strengere Regelungen bis zum Jahr 2012 beibehalten zu können.

- | Verpflichtung zur Reduktion fluorierter Gase
- | Strengere nationale Vorschriften können beibehalten werden

## EUROPÄISCHER FISCHEREIFONDS

Nach langjährigem Tauziehen über die zukünftige Ausrichtung des Europäischen Fischereifonds konnte unter österreichischer Ratspräsidentschaft eine Einigung über Kriterien der Verteilung von rund 4 Mrd. Euro an Zuwendungen für die europäische Fischerei fixiert werden. Die Einigung basiert auf dem Grundsatz der nachhaltigen Fischerei und gibt gleichzeitig den europäischen Fischern eine klare wirtschaftliche Perspektive.

### Fischereifonds:

- | Fixierung der Kriterien für die Verteilung
- | Grundsatz der nachhaltigen Fischerei

## ANNAHME DER AARHUS-VERORDNUNG

Die Aarhus-Verordnung dient der Umsetzung der gleichnamigen Konvention über den Zugang der Öffentlichkeit zu Umweltinformationen, Bürgerbeteiligung und den Zugang zu Gerichten in diesen Angelegenheiten. Die Institutionen der EU sowie nachgeordnete Einrichtungen haben Anfragen binnen 15 Tagen solide und substantiell zu beantworten. Unter österreichischer Ratspräsidentschaft konnte eine Einigung zwischen Rat und Europäischem Parlament im Vermittlungsverfahren erreicht werden.

- | Normierung des Rechts auf Umweltinformation gegenüber EU-Organen und Verbesserung der Transparenz
- | Anfragebeantwortung binnen 15 Tagen

## EINIGUNG ÜBER DIE BATTERIEN-RICHTLINIE

Schutz der Umwelt und Harmonisierung der nationalen Bestimmungen über Batterien und Akkumulatoren sind die Ziele der Batterien-Richtlinie, die unter österreichischer Ratspräsidentschaft angenommen wurde. Die Richtlinie sieht Sammel- und Recyclingziele für Altbatterien und -akkumulatoren vor, die bis 2012 bzw. 2016 durch den Aufbau von Sammel- und Rücknahmesystemen erreicht werden müssen. Die Kosten für Sammlung, Behandlung und Recycling der Batterien tragen die Hersteller.

- | Festlegung von Sammel- und Recyclingzielen für Altbatterien
- | Verbot der Verwendung von Cadmium für Gerätebatterien und Quecksilber

# BUNDESMINISTERIUM FÜR LANDESVERTEIDIGUNG



Bundesminister Günther Platter

## SICHERHEIT VOR ORT SCHAFFEN

Die aktive Teilnahme an internationalen Maßnahmen zur Konfliktverhütung und des Krisenmanagements ist für Österreich ein wichtiger Teil der Sicherheitspolitik. Während der österreichischen Ratspräsidentschaft haben sich die Einsätze sowohl im zivilen wie auch im militärischen Krisenmanagement weiter entwickelt. EU-Missionen gibt es derzeit in Europa, Asien und Afrika. Die Mission in der Demokratischen Republik Kongo zur Unterstützung der Wahlen wurde im Mai 2006 beschlossen und Österreich stellt dafür 10 Stabsoffiziere.

Auf österreichische Initiative werden derzeit alle zivilen und militärischen Missionen der EU einer Evaluierung unterzogen, um die zivilen und militärischen Instrumente bei zukünftigen Missionen noch besser aufeinander abstimmen zu können.)

- | Evaluierung aller zivilen und militärischen Missionen der EU
- | Beschluss der EUFOR – Mission in der Demokratischen Republik Kongo zur Unterstützung

## ZUSAMMENARBEIT BEI PLANUNG UND IM EINSATZ

Im ersten Halbjahr 2006 hat die „Zivil-Militärische Zelle“ der EU ihre Einsatzbereitschaft erreicht. Diese war bereits in die Planung der Missionen in Ache, Palästina und in der Demokratischen Republik Kongo eingebunden.

Das Rahmendokument zur Verbesserung der zivil-militärischen Koordination von EU Missionen im Einsatzraum wurde von den Außen- und Verteidigungsministern beschlossen.

- | Einsatzbereitschaft der Zivil-Militärischen Zelle in Brüssel
- | Beschluss des Rahmendokuments zur zivil-militärischen Zusammenarbeit

# BUNDESMINISTERIUM FÜR LANDESVERTEIDIGUNG

## ENTWICKLUNG IN EINEM SICHEREN UMFELD

Maßnahmen zur Reform des Sicherheitssektors (SSR) sind zusammen mit Abrüstung und Wiedereingliederung von ehemals bewaffneten Kräften in die Gesellschaft ein wichtiger Schritt Richtung Stabilität und Entwicklung eines Staates.

Eine internationale Konferenz wurde im Feber 2006 in Wien mit besonderem Schwerpunkt „Sicherheitssektorreform am Westbalkan“ abgehalten. Auf österreichische Initiative erarbeitet die EU Kommission und das Ratssekretariat derzeit einen Überblick über die Sicherheitssektor-Aktivitäten der EU am Westbalkan, die von der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität, der Korruption, der illegalen Migration bis hin zur Beratung zur Grenz- und Zollkontrolle reichen.

- | Erstellung eines Überblicks über die SSR-Aktivitäten der EU am westlichen Balkan
- | Internationale Konferenz zu SSR in Wien

## KATASTROPHENHILFE IN UND AUSSERHALB DER EU

In Österreich hat die Zusammenarbeit und die Nutzung militärischer Ressourcen in der Katastrophenhilfe lange Tradition.

Bei der internationalen Katastrophenbewältigung sind insbesondere Transport und Logistik von lebenswichtiger Bedeutung. Deshalb wurde ein Rahmendokument beschlossen, um eine effiziente Nutzung und Koordinierung der Transportressourcen sicherzustellen.

- | Beschluss des Rahmendokuments zur effizienten Nutzung und Koordinierung der Transportressourcen

## WEITERENTWICKLUNG DES EU-STREITKRÄFTEKATALOGS

Während des österreichischen Vorsitzes haben die Mitgliedsstaaten ihre Einmeldungen für den Streitkräftecatalog abgegeben. Diese Meldungen werden nun hinsichtlich der Qualität untereinander verglichen, da einzelne Kontingente in einem Mitgliedstaat anders aussehen und andere Aufgaben erfüllen als in einem anderem Mitgliedsland.

Die Analysemethode dazu wurde in Österreich entwickelt. Von 15 EU-Mitgliedsstaaten wurde im Bereich strategischer Lufttransport der Vertrag SALIS (Stategic Airlift Interim Solution) unterzeichnet. Ein Beitritt Österreichs wird geprüft.

- | Analysemethode zum Qualitätsvergleich eingemeldeter Streitkräfte in Österreich entwickelt
- | SALIS-Vertrag

## AUSBILDUNG UND ÜBUNGEN

Die zunehmenden Aktivitäten im Rahmen der ESVP führen dazu, dass Ausbildung ein immer wichtigerer Bestandteil der Zusammenarbeit wird. Im Rahmen des „European Security and Defense College“ (ESDC) hat Österreich ein Modul des „High Level Course“ und zwei „Orientation Courses“ durchgeführt.

Auf Österreichs Vorschlag hin sind die Kurse des ESDC für Internationale Organisationen und Drittstaaten geöffnet worden. Im Sinne des Schwerpunktes westlicher Balkan wurden insbesondere Teilnehmer aus Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien und aus Albanien eingeladen. Im ersten Halbjahr 2006 wurde ein Planspiel zur Evakuierung von EU-Bürgern aus einem Drittstaat durchgeführt, um die Zusammenarbeit zwischen Konsulaten und militärischen Einheiten zu beüben.

- | Öffnung der ESDC-Kurse für Internationale Organisationen und Drittstaaten
- | Übung der Evakuierung von EU-Bürgern

# BUNDESMINISTERIUM FÜR SOZIALE SICHERHEIT, GENERATIONEN UND KONSUMENTENSCHUTZ



Bundesministerin Ursula Haubner  
Staatssekretär Sigisbert Dolinschek

## DIE SOZIALE DIMENSION DER NEUEN STRATEGIE VON LISSABON GESTÄRKT

Die Basis für die Stärkung der sozialen Dimension der neuen Lissabon-Strategie und die Straffung der Sozialschutzprozesse in den Bereichen der sozialen Eingliederung und Armutsprävention, Pensionssicherung, Gesundheit und Langzeitpflege wurde von den Ministerinnen und Ministern beim informellen Ministertreffen in Villach von 19.-21. Jänner 2006 festgelegt. Diese neuen gemeinsamen Ziele wurden vom Rat „Beschäftigung und Sozialpolitik“ am 10. März 2006 gebilligt und sind in die Ergebnisse des Europäischen Rates am 23./24. März 2006 eingeflossen.

Zur Umsetzung erstellen nunmehr die Mitgliedstaaten ihre Strategiepläne bis zum 15. September 2006. Das bedeutet in weiterer Folge, dass diese sozialen Strategien zukünftig gleichzeitig und gleichwertig mit den Wirtschafts- und Beschäftigungsstrategien behandelt werden.

## FAMILIEN- UND VEREINBARKEITSPOLITIK ALS ANTWORT AUF DEN DEMOGRAFISCHEN WANDEL

Vom 2. bis 4. Februar 2006 befasste sich in Wien die hochrangige Expert/innenkonferenz „Demografische Herausforderungen – Familie braucht Partnerschaft“ mit der neuen Allianz für die Familien im internen Bereich durch die stärkere Väterbeteiligung und extern durch Partnerschaft mit Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit. Als wirkungsvolle Handlungsfelder wurden identifiziert:

- | Stärkere Anerkennung der Familien und ihrer Leistungen für die Gesellschaft;
- | Die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf für beide Elternteile angesichts der geänderten Familienstrukturen und der gleichwertige Zugang der Frauen zum Beruf;
- | Die Schaffung eines kinder- und familienfreundlichen Klimas in der Öffentlichkeit.

Zur Fortsetzung der europäischen Debatte über die demografische Herausforderung plant die Europäische Kommission, ein Europäisches Demografie-Forum einzurichten.

| Die Familie als Drehscheibe demografischen Wandels

# BUNDESMINISTERIUM FÜR SOZIALE SICHERHEIT, GENERATIONEN UND KONSUMENTENSCHUTZ

## DIE BESONDERE ROLLE DER SOZIALEN DIENSTLEISTUNGEN VON ALLGEMEINEM INTERESSE

In einer Expert/innenkonferenz wurde die besondere Rolle der sozialen Dienstleistungen von allgemeinem Interesse und ihr Verhältnis zum Gemeinschaftsrecht beleuchtet. Mit dieser EU-Konferenz konnte ein wichtiger Beitrag zur Bewusstmachung und zur Notwendigkeit, soziale Dienstleistungen aus dem Wettbewerb herauszuhalten, geleistet werden. Soziale Dienstleistungen wurden identifiziert und definiert, damit überhaupt eine entsprechende Festlegung möglich ist. Es geht im besonderen um Dienstleistungen im unmittelbaren Umfeld von Menschen, wie im sozialen Wohnbau, in der Kinderbetreuung, Unterstützungsleistungen für Familien und bedürftige Personen sowie Dienstleistungen für pflegebedürftige und behinderte Menschen. Die Bereiche der sozialen Dienstleistungen bleiben nach wie vor in Nationalkompetenz und sind von der Dienstleistungsrichtlinie ausgenommen.

| **Besondere Stellung der Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen**

## ANERKENNUNG DES AUSSERSCHULISCHEN LERNENS IM EUROPÄISCHEN JU- GENDBEREICH UND STRUKTURIERTER DIALOG MIT DER JUGEND

Annahme der Entschließung über die Bedeutung des nicht formalen und informellen Lernens als wichtige Ergänzung der formellen Bildungs- und Ausbildungssysteme. Nicht formales und informelles Lernen findet in vielen verschiedenen Bereichen (Freiwilligendienste, Freizeit, Jugendklubs, Beratungszentren, etc.) statt und trägt wesentlich zur persönlichen Entwicklung, sozialen Integration und Beschäftigungsfähigkeit der Jugendlichen bei. Die Anerkennung des außerschulischen Lernens war auch eine Forderung der Europäischen Jugendvertreter beim informellen Treffen der Jugendminister/innen in Bad Ischl. Dort diskutierten auf Initiative der Bundesministerin Haubner erstmals Jugendliche gemeinsam mit den Ministerinnen und Ministern. Dieses offene Dialogforum soll nun auch in Zukunft vor allen wichtigen EU-Ratstreffen fortgeführt werden. Weitere in Bad Ischl besprochene Themen betrafen die Jugend und Beschäftigung sowie die Zukunft der Jugend Europas. Für Bundesministerin Haubner stellt die aktive Beteiligung der Jugendlichen einen wesentlichen Schlüssel zur Bewältigung gemeinsamer Herausforderungen dar.

| **Anerkennung und Neubewertung des außerschulischen Lernens und der Freiwilligenarbeit**

## AKTIONSPROGRAMM VERBRAUCHER- SCHUTZ

Gerade der Konsumentenschutz ist als bürgernahes Handlungsfeld der EU besonders wichtig, daher war eine angemessene Mittelausstattung für den Verbraucherschutz ein erklärtes Ziel des Ratsvorsitzes. Tatsächlich konnte eine Einigung über die Budgetausstattung erzielt und ein eigenständiges Aktionsprogramm für Verbraucherschutz gesichert werden.

| **Eigenständiges Aktionsprogramm für den Verbraucherschutz (2007-2013)**

## VERBRAUCHERKREDITLINIE

Zum Richtlinienvorschlag über Verbraucherkreditverträge konnte zu den zentralen Fragen des Harmonisierungsgrades und dem Prinzip der gegenseitigen Anerkennung eine gemeinsame Ratslinie für die weiteren Verhandlungen gefunden werden. Der erzielte Kompromiss gewährleistet hohe Verbraucherschutzstandards für das grenzüberschreitende Anbieten von Verbraucherkrediten und fördert damit das Funktionieren des Binnenmarkts.

| **Fortschritt bei der Verbraucherkreditrichtlinie**

## BARRIEREFREI INS INTERNET

Mit ambitionierten Zielen bis 2010 will die EU den Zugang zu Information, Kommunikation und Dienstleistungen der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) besonders für ältere Menschen, für Menschen mit Behinderungen, für Frauen, niedrig qualifizierte Menschen und benachteiligte Jugendliche deutlich anheben. Unter dem österreichischen Ratsvorsitz widmete sich vom 11. bis 13. Juni 2006 eine hochrangige Minister/innenkonferenz einem breit angelegten Integrationsansatz von IKT. Unterschiede im Zugang sollen bis 2010 auf die Hälfte reduziert werden.

| **IKT-Zugang für alle: Ältere Menschen, Behinderte und benachteiligte Menschen**

# BUNDESMINISTERIUM FÜR SOZIALE SICHERHEIT, GENERATIONEN UND KONSUMENTENSCHUTZ

## Staatssekretariat für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz

### VERORDNUNG 1408/71 - SOZIALE SICHERHEIT FÜR WANDERARBEITNEHMER/INNEN

Ziel des vorliegenden Vorschlags ist die Aktualisierung einiger Anhänge der Verordnung 1408/71 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit, um den in den nationalen Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten im Bereich der sozialen Sicherheit erfolgten Änderungen Rechnung zu tragen, wie insbesondere angesichts der grundlegenden Rentenreformen in Schweden und Finnland, der Reform des niederländischen Krankenversicherungssystems und der Gesetzesänderung über Sozialrenten in Litauen. Unter österreichischer Ratspräsidentschaft konnte eine allgemeine Ausrichtung erzielt werden.

| Anpassung der Wanderarbeitnehmerverordnung an die Rechtsentwicklung in den Mitgliedsstaaten

Arbeitslosenversicherung, Familienleistungen und Pflegeleistungen für Wanderarbeitnehmer/innen und deren Familienangehörige sowie die Koordination der Krankenversicherungen auch für Urlauber.

Vor dem In-Kraft-Treten der neuen Verordnung ist aber noch eine Einigung über die verbliebenen offenen Punkte notwendig. So sind eine neue Durchführungsverordnung und der Beschluss von einigen Anhängen erforderlich. Die österreichische Ratspräsidentschaft hat durch intensive Arbeiten eine partielle allgemeine Ausrichtung erzielt. Nicht zuletzt konnte erreicht werden, dass in Hinkunft Vorschussleistungen im Falle eines Zuständigkeitsstreites zwischen zwei Mitgliedstaaten gewährt werden. Dieser Fortschritt und die neue Regelung, dass die Abwicklung nun elektronisch per Computer erfolgen soll, tragen entscheidend zur Erhöhung des Sozialschutzes vor allem in Hinblick auf die steigende Mobilität bei und erleichtern und beschleunigen die Verfahren.

### DURCHFÜHRUNGSVERORDNUNG UND ANHANG XI ZUR VERORDNUNG 883/2004 ZUR KOORDINIERUNG DER SYSTEME DER SOZIALEN SICHERHEIT

Im Jahr 2004 wurde die Verordnung (EG) Nr. 883/2004 angenommen, die an die Stelle der derzeit noch gültigen Verordnung 1408/71 treten wird. Sie regelt die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit, also Kranken-, Unfall-, Pensions- und

| Durch die neue Verordnung werden die bestehenden Rechtsvorschriften vereinfacht und modernisiert.  
| Der Anhang ist erforderlich, um die Besonderheiten der Systeme der sozialen Sicherheit der einzelnen Mitgliedstaaten zu berücksichtigen.

### 5. EUROPÄISCHES TREFFEN DER VON ARMUT BETROFFENEN MENSCHEN IN BRÜSSEL

Zum Thema „Bewältigung des Alltags“ nahmen mehr als 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus 23 Ländern (21 EU-Mitgliedstaaten sowie Bulgarien und Norwegen) sowie Vertreterinnen und Vertreter der Institutionen der EU teil. Der Großteil der Teilnehmenden waren selbst von Armut betroffene Menschen, die unmittelbar ihre Erfahrungen und Lösungsansätze einbringen konnten. Erstmals haben die Mitgliedstaaten auch Vertreter/innen der nationalen Verwaltungen delegiert, um einen intensiveren, unmittelbaren Dialog zwischen den von Armut betroffenen Menschen und den Verwaltungen oder Behörden zu initiieren und in den Mitgliedstaaten gezielt fortsetzen zu können.

| Partizipation und Mitsprache der Betroffenen am politischen Entscheidungsfindungsprozess

# BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT UND ARBEIT



Bundesminister Dr. Martin Bartenstein

## EINIGUNG ZUR DIENSTLEISTUNGSRICHTLINIE

Mit der Einigung zur Dienstleistungsrichtlinie am 29. Mai 2006 hat Europa auch unter schwierigen Bedingungen Handlungsfähigkeit bewiesen und einen wichtigen Beitrag zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit geleistet. Durch zahlreiche Kontakte der österreichischen Präsidentschaft mit der Kommission, Europaparlamentariern, Sozialpartnern und einzelnen Mitgliedsstaaten wurde ein Kompromiss gefunden, der im Rat ohne Gegenstimme angenommen wurde. Gleichzeitig wurde mit dem neuen Vorschlag die Möglichkeit von Lohn- und Sozialdumping ausgeschlossen.

- | Einigung zur Richtlinie wird neue Wachstumsimpulse schaffen
- | Lohn- und Sozialdumping sind ausgeschlossen

## KRISENMANAGEMENT BEIM GASSTREIT RUSSLAND/UKRAINE

Der Gasstreit zwischen der Russischen Föderation und der Ukraine hat Europa Anfang des Jahres in Atem gehalten. Die österreichische Ratspräsidentschaft hat durch eine hervorragend funktionierende Koordination mit Kommissar Piebalgs einen wesentlichen Beitrag für eine rasche Beendigung der Gaslieferausfälle nach Europa geleistet. Es wurde dabei auch deutlich, dass die Frage der sicheren Energieversorgung nur auf europäischer Ebene gelöst werden kann.

- | Rasche Wiederaufnahme der Gaslieferungen aus Russland durch Krisenmanagement Österreichs

# BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT UND ARBEIT

## ANTWORT AUF DIE GASKRISE: SCHAFFUNG EINER EUROPÄISCHEN ENERGIEPOLITIK

Die österreichische Ratspräsidentschaft hat mit der Kommission eine „Neue Energiepolitik für Europa“ erarbeitet. Dabei wurde erreicht, dass jedes Land seine Wahlfreiheit der Energiequellen behält – das NEIN zur Kernkraft in Österreich bleibt damit abgesichert. Weiters verankerte die österreichische Präsidentschaft erfolgreich die Themen Energieeffizienz, Ausbau erneuerbarer Energieträger und Versorgungssicherheit als zentrale Schwerpunkte der neuen Energiepolitik.

- | NEIN zu Kernkraft in Österreich bleibt gesichert
- | JA zu vermehrten Anstrengungen bei Energieeffizienz und erneuerbaren Energieträgern

## SCHAFFUNG VON BESCHÄFTIGUNG DURCH INNOVATIVE ARBEITSMARKT- POLITIK

Das Prinzip „Flexicurity“ – ein neues Arbeitsmarktmodell, das auf einem Gleichgewicht zwischen Flexibilität und Sicherheit basiert – wurde auf österreichisches Betreiben auf europäischer Ebene als durchgängige politische Strategie etabliert. Es soll ein Instrument sein um der größten europäischen Herausforderung, der Schaffung von Arbeitsplätzen, zu begegnen.

Gleichzeitig war der österreichischen Ratspräsidentschaft die Einbindung der Sozialpartner in die europäischen Entscheidungsprozesse nach österreichischem Vorbild ein besonderes Anliegen. So wurden die Themen Dienstleistungs- und Arbeitszeitrichtlinie mit den Sozialpartnern besprochen.

- | Flexicurity – Flexibilität durch Sicherheit
- | Einbindung der Sozialpartner nach österreichischem Vorbild

## WACHSTUM DURCH STEIGERUNG DER WETTBEWERBSFÄHIGKEIT

Im Rahmen der Partnerschaft für Wachstum und Beschäftigung wurde ein klares Bekenntnis zu den 23 Mio. kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) abgegeben. Auf österreichische Initiative wurde das Prinzip „think small first“ – die Berücksichtigung der Anliegen der KMU – erstmals als durchgängige politische Strategie verankert und weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen in einem KMU-Paket beschlossen.

Unter österreichischer Ratspräsidentschaft wurden die Verhandlungen zum Rahmenprogramm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (CIP) erfolgreich abgeschlossen. Im Rahmen der Budgeteinkunft mit dem Europäischen Parlament wurden 400 Mio. Euro zusätzliche Mittel für das Programm bereitgestellt.

Zusätzlich wurde die Initiative für Bürokratieabbau (Better Regulation) weiter vorangetrieben. Gerade für KMU wird es durch die Verringerung des Verwaltungsaufwandes zu wesentlichen Kosteneinsparungen kommen.

- | Beschluss eines Maßnahmenpakets für KMU
- | Abschluss der Verhandlungen zum CIP mit einem Gesamtbudget von 3,3 Milliarden Euro